

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896

131 (18.3.1896) Morgenblatt

Karlsruher Zeitung.

Morgenblatt.

Mittwoch, 18. März.

Morgenblatt.

№ 131.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierjährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1896.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Unlauterer Wettbewerb.

Der Gesetzentwurf über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, über den nunmehr auch der Bericht der mit seiner Vorberatung betrauten gewesenen Kommission vorliegt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach vor der Osterpause nicht mehr im Reichstage zur Beratung gelangen. Jedoch ist anzunehmen, daß er sich unter denjenigen Beratungskörpern befinden wird, welche gleich nach den Ferien auf die Tagesordnung gesetzt werden dürften, und es ist als ziemlich sicher anzusehen, daß er dann ohne ausgedehnte Debatte zur Annahme gelangen wird. Es wird damit ein Gesetzgebungswert zum Abschluß gebracht werden, dessen Errichtung von den Erwerbstreibern schon lange gewünscht ist. Wenn nun aber in den letzten die Ansicht verbreitet sein sollte, daß mit diesem Gesetze jeder als „unlauter“ im Geschäftsverkehr bezeichnete Wettbewerb betroffen werden kann, so würde dies einen Irrthum bedeuten. Der Entwurf, der demnächst Gesetz werden soll, wendet sich nicht gegen den unlauteren Wettbewerb als solchen. Er kennt diese Bezeichnung auch lediglich in der Gesetzesüberschrift. Es wäre aber auch unmöglich, einem solchen Ziele zuzustreben, weil es eine erschöpfende Definition des Begriffs des „unlauteren Wettbewerbs“ gar nicht gibt. Des weitern wäre es für die deutsche Rechtsprechung nicht angezeigt gewesen, eine allgemeine Gesetzesvorschrift zu erlassen und die Einzeldurchführung den Richtern zu überlassen. In Frankreich bekämpft bekanntlich der code civil den unlauteren Wettbewerb durch eine ganz allgemein gehaltene Bestimmung und die französischen Richter haben im Laufe der Jahre darauf die Rechtsprechung aufgebaut. Jedoch die deutsche Rechtsprechung unterscheidet sich vollständig von der französischen. Der deutsche Richter will im Gesetze spezialisirte Bestimmungen vor sich haben. Deshalb war es auch zutreffend, in den Entwurf über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs genau umgrenzte, im Geschäftsleben besonders aufgefallene Schäden aufzuführen und diese unter Strafe zu stellen, und zwar nicht nur, wie in Frankreich unter civil-, sondern auch unter strafrechtliche. Die Reichstagskommission ist, wie aus dem Berichte hervorgeht, nur einmal von dem durch die deutsche Rechtsprechung vorgezeichneten Wege abgegangen, indem sie in dem Passus über die civilrechtliche Bekämpfung der schwindelhaften Reklame dem Richter eine allgemeine Vollmacht in die Hand gegeben hat. Daß die Kommission bei der Bekämpfung der Quantitätsverschleierungen die Befugniß des Bundesraths zum Erlaß von Vorschriften auf Angabe der zum Verkauf bestimmten Menge für gewisse Waaren im Einzelverkehr insofern eingeschränkt hat, als die Hohlmaße von derselben ausgenommen werden, kann von dem Gesichtspunkte aus gebilligt werden, daß die Frage der Nüchternheit der Bierflaschen noch immer nicht ganz klar liegt. Bedauerlich dagegen ist es, daß die Kommission die Vorschriften über die Bekämpfung des Verraths von Be-

triebs- und Geschäftsgeheimnissen durch Streichung der Bestrafung des Verraths nach der Entlassung aus dem Dienstverhältnis gekürzt hat. Es hat dabei wohl eine unbegründete Furcht vor Beschränkung der Aktionsfreiheit der Angestellten mitgewirkt. Hier wird im Plenum wohl noch eine erneute Erwägung angestellt werden müssen. Allerdings ist kaum zu hoffen, daß die Vorlage der verbündeten Regierungen in diesem Punkte wieder hergestellt werden wird, weil die Kommission sich einstimmig gegen denselben ausgesprochen hat. Aber ob ohne oder mit dieser Bestimmung — das neue Gesetz wird geeignet sein, vielen Mißständen in unserem Geschäftsleben ein Ende zu bereiten, und deshalb wird überall wo auf Ehrlichkeit gesehen wird, mit Befriedigung von seiner Vollziehung Kenntniß genommen werden.

Der Landeshaushalt Elsaß-Lothringens.

Strasburg, 16. März.

Der reichsständische Landesausschuß hat in der ersten und zweiten Sitzung den Entwurf des Landeshaushalts für 1896/97 in Einnahme und Ausgabe von 54.917.779 Mark auf 54.311.625 M., also um 606.154 M. abgemindert. Die morgen stattfindende dritte Sitzung wird erfahrungsgemäß wohl nichts mehr daran ändern. Die Abträge, welche der Landesausschuß vorgenommen hat, betreffen zum größten Theil — 430.000 M. — den Wasserbau, und zwar sind die Positionen: für Verbesserung des Hünninger Kanals von 800.000 M. auf 450.000 M., für Zulassungen von Rheinwasser zur Hardtbewässerung bezw. in die Ill von 100.000 M. auf 60.000 M., für die Zufahrtskanäle zu den Straßburger Hafenanlagen von 80.000 M. auf 70.000 M., und für Vertiefung des Rhein-Rhone-Kanals bei Erstein um den ganzen Vorschlag von 13.500 M. abgemindert worden. Ferner haben Abträge erfahren die Entwurfspositionen: für Pensionen an Gerichtsvollzieher um den ganzen Betrag von 36.450 M.; für Förderung des Viehverkehrsweises von 60.000 M. auf 30.000 M.; für Errichtung eines Jagdhauses im kaiserlichen Jagdrevier Struth-Niebed um den ganzen Betrag von 180.000 M.; für Beihilfen an Jagdversicherungsvereine von 150.000 M. auf 40.000 M.; für Vergütung an Hilfslehrer von 50.000 M. auf 48.000 M. u. s. w. Die Abträge der Ausgaben stehen den Abminderungen der Einnahmen: Begebung von Renten zur Verbesserung der Schiffsfahrtsverhältnisse um den ganzen vorgesehenen Betrag von 352.800 M. und Begebung der Renten zur Ergänzung der Einnahmen von 1.474.093 M. auf 1.238.809 M., also 235.284 M. gegenüber. Da die Forderung für Pensionen an Gerichtsvollzieher vom Landesausschuß abgelehnt worden ist, so fällt auch der bei der Einnahme erscheinende Betrag: Pensionsbeiträge der Gerichtsvollzieher 18.070 M. weg.

Die Position des Etatentwurfs zur Einführung des Altersstufensystems für die Gehälter der 74 Elementarlehrer an den höheren Schulen des Landes wurde, wie bereits gemeldet, bei der ersten Erörterung an eine Kommission verwiesen, welche dieselbe ablehnte. Die Befürzung in den betreffenden Lehrkreisen über diese ansehnliche Verkürzung ihrer jahrelang gehegten Hoffnungen sollte sich jedoch bald in große Freude verwandeln. Der Abg. Dr. Petri nahm sich der Lehrer sehr warm an, die Angelegenheit wurde an die Kommission zurückerwiesen und dann nach nochmaliger Beratung von derselben und daraufhin vom Plenum des Landesausschusses in günstiger Weise dahin geregelt, daß die Elementarlehrer an den höheren Schulen des Landes nach dem Dienstaltersstufen ein Höchstgehalt von 3.400 M. erhalten. Die Regierung hatte nur acht Altersstufen, vom 25. Lebensjahr beginnend, alle drei Jahre 200 M. Zulage, bis zum Höchstgehalt von 3.800 M. verlangt; der Landesausschuß hat noch eine neunte Stufe mit 100 M. Zulage hinzugefügt. Es werden immerhin noch 4.000 M. gegenüber dem Entwurf gespart, da der Landes-

ausschuß die beabsichtigten Zulagen an 15 Turn-, Zeichen- oder Gesangslehrer, welche damit bis 3.600 M. steigen sollten, gestrichen hat.

Badischer Landtag.

63. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Montag den 16. März 1896.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Ministertisch: Der Präsident des Groß- Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr, die Ministerialräthe Dr. Reinhard und Braun, die Regierungsräthe Märklin und Hafner, später Geh. Legationsrath Zittel.

Vizepräsident Land eröffnet die Sitzung um 3^{1/2} Uhr und gibt eine Mittheilung des Präsidiums der Ersten Kammer über die Annahme des Gesetzentwurfs, betreffend den Bau einer Nebenbahn von Achern nach Ottenhöfen, bekannt.

Sodann tritt das Haus in die Tagesordnung ein und es erhält zunächst das Wort der Abg. Hug: Zu den Wünschen der Interpellanten gehöre auch der auf Revision der Handelsverträge. Er habe seiner Zeit für die Handelsverträge gestimmt und sehe sich daher zur Darlegung der ihm damals leitenden Erwägungen veranlaßt. Den Aufschwung, der auf die Schutzollpolitik des Fürsten Bismarck gefolgt sei, habe bald ein starker Rückschlag verdrängt, indem auch die anderen Staaten, namentlich Amerika, Schutzölle einführen, so daß 1891 die Gefahr der vollständigen Abschließung der einzelnen Staaten von einander durch hohe Zölle drohte. Dieser Gefahr mußte im Interesse unserer rasch zunehmenden Bevölkerung, deren Beschäftigung das Blühen unserer Industrie voraussetzte, im Interesse der Befriedigung unserer Nahrungsbedürfnisse, die durch die inländische Produktion nicht gedeckt wurden, sowie schließlich zur Beförderung unserer Ausfuhr begegnet werden, und um dieses Ziel zu erreichen, waren die Handelsverträge die einzige Möglichkeit. Nun sage man allerdings, daß sie ja recht schön, wenn nur die so erreichten Vortheile nicht allein auf Kosten der Landwirtschaft gingen. Diese Klage erscheine ihm nicht begründet; für Getreide habe man ja immer noch den Zoll von 3 M. 50 Pf. Die Befürchtungen, die sich an die Ermäßigung der Weinzölle geknüpft, seien nicht in Erfüllung gegangen und die Herabsetzung des Zolles für Hopfen komme bei der unbedeutenden Produktion Rußlands überhaupt nicht in Betracht. Ohne Konzessionen seien einmal Handelsverträge nicht möglich und betrachte man die Verträge nicht einseitig vom agrarischen, sondern vom Standpunkt der Allgemeinheit, so erhele klar das Ueberwiegen der Vortheile für diese über die Nachtheile. Was nun die Mittel betreffe, um dem seit Abschluß der Handelsverträge unbestritten eingetretenen Rückgang der Getreidepreise zu steuern, so stehe im Vordergrund der Antrag Kanitz, zu dessen Gegnern auch er gehöre, nicht jedoch, weil er denselben für undurchführbar, sondern nur, weil er ihn mit Handelsverträgen für unvereinbar halte. Wohl könne nach den Bestimmungen der Handelsverträge ein Gegenstand aus denselben ausgeschlossen werden, wenn er monopolisirt werde. Diese Voraussetzung trafe aber bei einer Verstaatlichung der Getreideeinfuhr im Sinne des Antrages Kanitz kaum zu, vielmehr bedürfte es zur Erfüllung derselben einer Verstaat-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Pietro Ghisleri.

Roman von F. Marion Crawford.

(Fortsetzung.)

„Weil Sie an meiner Seite lächerlich erscheinen könnten“, erwiderte der Krüppel gelassen.
Er beobachtete sie und bemerkte, daß ein schmerzlicher Ausdruck ihr Gesicht überflog. In diesem Augenblick begann seine Liebe zu ihr, wie er sich später genau erinnerte.
„Herr Graf“, erwiderte sie, ihn voll ansehend, nach kurzem Zögern, „ich bitte Sie, mir nie wieder etwas Aehnliches zu sagen.“
„Wenn es Sie kränkt, gewiß nicht.“
„Es kränkt mich nicht. Das meine ich nicht.“
„Was sonst? Bitte sagen Sie es mir, ich bin durchaus nicht empfindsam.“
„Es schmerzt mich. Ich möchte nicht, daß irgend Jemand so etwas von mir denken könnte, noch weniger,“ sie hielt inne, und gedankenvoll vor sich niederblickend, öffnete und schloß sie ihren Fächer.
„Noch weniger?“
Laura zögerte einige Sekunden, als wollte sie die Worte mit mehr als gewöhnlicher Sorgfalt wählen.
„Noch weniger Jemand, dem es wehe thun könnte, es denken zu müssen“, sagte sie endlich.
Das Lächeln, das Arden's Mund umspielte hatte, schwand in dem Schweigen, das jetzt folgte, und seine Lippen zuckten, wie in tiefer Erregung, während seine Hände sich jetzt um seine Knie legten.
„Habe ich zu viel gesagt?“ fragte sie, die lange Pause unterbrechend.

„Oder vielleicht genug“, antwortete er mit leiser Stimme. Wieder schwiegen beide und beide wunderten sich, daß sie nach einer Bekanntschaft von kaum einer Stunde schon bei einer Art von Krists angelangt waren. Endlich erhob sich Laura, langsam und bedächtig, in der Absicht, dem Lord Zeit zu lassen, gleichfalls aufzustehen.
„Wollen Sie mir Ihren Arm geben,“ fragte sie, als er neben ihr stand. „Ich möchte Sie meiner Mutter vorstellen.“
Arden verneigte sich und reichte ihr seinen Arm. Er war beträchtlich kleiner als sie. Sie gingen mit einander fort, Laura aufrecht und leicht, in ihrer anmuthigen mädchenhaften Haltung, er schwankend und ungeschickt und sich nur mühsam an dem Stock, den er in der freien Hand hielt, vorwärts schiebend: ein wenig zusammenpassendes Paar, sagten die Leute, als der Graf und seine Begleiterin an ihnen vorüberliefen.
„Der Name meiner Mutter ist Serano, Fürstin Serano“, erklärte ihm Laura, als sie schon in ihrer Nähe waren.
„Und lebt Ihr Herr Vater, ich meine den Fürsten Serano?“ fragte Arden, der in seinem Interesse für sie selbst beinahe ihren Namen und ihre Nationalität vergessen hatte.
„Ja, aber er geht selten in Gesellschaft. Ich habe ihn sehr gern,“ sagte sie hinzu, sie wußte kaum, weshalb. „Mutter“, sagte sie, vor die Fürstin tretend, „Lord Herbert Arden.“
Die Fürstin hielt ihm lächelnd die Hand entgegen. In diesem Augenblick gestellte sich Pietro Ghisleri zu ihnen. Er war nicht gesehen worden, seit er Laura und Arden zusammen verlassen hatte. Zweifelloß durch Zufall war die Gräfin dell'Armi fast gleichzeitig verschwunden und wahrscheinlich nach Hause gegangen, da man ihn an diesem Abend nicht mehr in

den Ballsälen begegnete, doch der Welt in ihrer Allwissenheit war es nicht unbekannt, daß sich jenseits des Speisezimmers ein Doudoir befand, wo Paare, denen nichts am Tanzen lag, sehr lange verhältnißmäßig ungestört bleiben konnten. Die Welt wußte auch sehr genau anzugeben, wo das kleine Sopha stand, auf dem Ghisleri und die reizende Gräfin unabänderlich eine Stunde verplauderten, wenn sie in diesem Hause zusammentrafen.
„Wollen Sie mir einen Tanz gewähren, gnädiges Fräulein?“ fragte Ghisleri, als Arden sich mit der Fürstin zu unterhalten begann.
„Was denken Sie von meinem Freunde?“ erkundigte sich Ghisleri, als das junge Mädchen ihm folgte.
„Er gefällt mir sehr gut, er interessiert mich.“
„Dann sollten Sie mir dankbar sein, daß ich Ihnen Lord Arden zuführte.“
„Erwarten Sie Dankbarkeit in einem Ballsaal?“ erwiderte Laura mit einem Lächeln, das mehr dem vorausempfundnen Vergnügen des Walzers als den Worten Ghisleri's galt.
„Etwas mehr als in dem Asyl für Bekannte und Kranke, das von den meisten Menschen ihr Heim genannt wird“, entgegnete Ghisleri.
„Sie haben kein Heim, wie können Sie also in dieser Art davon sprechen?“
„N, eben nur, um zu sprechen. Wollen wir lieber tanzen?“ Einen Augenblick später verloren sie sich in der Menge.
„Es sind zu viel Menschen hier, bitte, führen Sie mich zurück“, sagte Laura, nachdem sie einmal um den Saal getanzt hatten.
(Fortsetzung folgt.)

lichung des Getreidehandels überhaupt, einer Maßregel, für die er seine Stimme nie abzugeben vermöge. Nachdem der Redner auch noch das Wesen des mehrerwähnten Antrages selbst kurz berührt, geht derselbe zur Entgegnung auf die Auslassungen einzelner Vorredner in der Generaldebatte über. Der Abg. Blantzenhorn habe gesagt, die verschiedenen Strömungen, die im Centrum in wirtschaftlicher Hinsicht beständen, würden durch den Fraktionszwang niedergehalten. Letzteres müsse er entschieden bestritten, während er gar nicht in Abrede stellen wolle, daß Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftlicher Hinsicht vorkämen. Zu den Ausführungen des Herrn Koelle wolle er bemerken, daß Niemand daran gedacht habe, den Handelsstand als solchen anzugreifen, ebensowenig wie man gegen den gefunden reellen Terminhandel Einwendungen erhoben habe. Dem Abg. Frank müsse er entgegenhalten, daß von seiner Partei die zweijährige Dienstzeit mit Freunden begrüßt worden sei, nur hätte dieselbe dieses Zugeständnis gerne innerhalb des Rahmens der Präsenznummer von 1890 erreicht. Redner schließt mit dem Wunsch, daß es der Landwirtschaft gelingen möge, die derzeitige Krise zu überwinden, und daß die Großh. Regierung Mittel und Wege finden werde, um helfend eingreifen zu können.

Abg. Fieser: Muser habe seiner Partei vorgeworfen, sie habe kein wirtschaftliches Programm und eine große Partei ohne solches entbehre der Existenzberechtigung. Dieser Vorwurf überrasche ihn nach dem, was Muser zu seiner Begründung vorgetragen. Politische und wirtschaftliche Fragen stehen nicht in einem notwendigen Zusammenhang; man könne wohl politisch freisinnig sein und doch in einem einzelnen Fall schutzollnerische Politik treiben. Wollte Muser diese Behauptung vielleicht hinsichtlich der Vereinigten Staaten bestritten, die ein gewis doch freisinniges Staatswesen, vor einigen Jahren durch die Mac Kuley Bill ein Schutzollsystem eingeführt, wie es ausgeprägter nicht gedacht werden könne. Ein eigener Parteigenosse habe aber auch die Ausführungen Musers widerlegt, indem der Abg. Eder am letzten Samstag die Schutzölle für Tabak und Hopfen als etwas Wünschenswerthes bezeichnet habe. Die nationalliberale Partei stehe in wirtschaftlichen Fragen auf dem Boden der Gerechtigkeit. Sie erkenne die hohe Bedeutung der Landwirtschaft an, sie halte dieselbe gleichfalls für das Rückgrat des Staates, könne aber unmöglich eine einseitige Bevorzugung derselben auf Kosten der nicht minder wichtigen Industrie zulassen. Redner polemisiert sodann gegen die Vorschläge Musers zur Verringerung der Nothlage der Landwirtschaft, die er für undurchführbar hält. Uebrigens sei die Lage auch nicht so schlimm. Der Herr Finanzminister habe ihm gestern mitgeteilt, daß die Erhebungen über die ländliche Verschuldung abgeschlossen seien und demnächst dem Landtag vorgelegt werden. Darnach seien z. B. im Bezirk des Abg. Wittmer in Eppingen nur 7 Proz. des landwirtschaftlichen Geländes verpfändet und könne man hier doch nicht sagen, daß die Leute ihrem sicheren Ruin entgegen gingen. Er hoffe auch, daß die Verhältnisse sich wieder bessern und bei Erhaltung des Friedens die Landwirtschaft sich wohl befinden werde.

Auf dem Gebiete des Börsenwesens stehe er auf dem Standpunkt der Abg. Koelle und von Labenburg. Jedermann halte das Differenzgeschäft für verwerflich, wegen solcher einzelner Mißstände lasse sich aber nicht das ganze Institut der Börse bestrafen. Der Terminhandel sei etwas Nothwendiges und seine Beseitigung würde nicht zum Mindesten der Landwirtschaft Schaden bringen. Von der Antwort der Großh. Regierung in diesem Punkte sei auch hinsichtlich der anderen Fragen der Interpellation sei er befriedigt.

Abg. Blattmann verzichtet auf das Wort.
Abg. Kopf freut sich, heute sein Einverständnis mit einigen Auslassungen Fieser's namentlich hinsichtlich der Nothwendigkeit gewisser Schutzölle ausdrücken zu können. Die Angriffe, die von Seiten der Agrarier gegen die Handelsverträge erhoben werden, hält Redner für unbegründet. Nicht die Handelsverträge haben das Sinken der Getreidepreise verursacht, Niemand würde auch bei einem Zoll von 5 M. behaupten, der Getreidebau sei heute noch rentabel. Daß man hier von dem Antrag Kanitz so viel gesprochen habe, bedauere er, da diese Besprechung im Hinblick auf die bereits ergangenen Beschlüsse der maßgebenden Faktoren nur eine agitatorische Wirkung haben könne und unerreichbare Wünsche bei der Bevölkerung erwecke, wovon nicht genug gewarnt werden müsse. Der Klageruf des Abg. Koelle habe ihn gewundert, handle es sich in der Debatte doch nur um die Differenzgeschäfte, die Alle für verwerflich halten.

Zur Sache selbst wolle er bemerken: Wenn man nach den Gründen für die traurige Lage der Landwirtschaft suche, so solle man ja nicht die veränderte Lebensweise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, ihre erhöhte Belastung durch die gesteigerten Arbeitslöhne und die sozialpolitische Gesetzgebung vergessen. Weiter komme in Betracht die namentlich auch infolge der großen Anforderungen, welche seitens der Staatsverwaltung an die Gemeinden gestellt werden, hervorgerufene sehr erhebliche Erhöhung der Gemeindefinanzlagen. Dies letztere sei aber ein Punkt, in welchem die Großh. Regierung etwas Abhilfe schaffen könne durch eine Anweisung an die Bezirksämter, daß bei ihren Anforderungen mehr auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rücksicht zu nehmen sei. Als eine wesentliche Erleichterung würde es ferner empfunden werden, wenn die Frachtsätze für Getreide und auch für Kraftfuttermittel niedriger gestellt würden. Die Landwirthe beklagten bitter die Höhe der Frachtsätze für Beförderung von Getreide im Großherzogthum im Verhältnis zu den niedrigen Frachtsätzen im Transitverkehr. Zum Schluß möchte Redner noch einige Worte über die Bauernvereine sprechen. Er erkenne zwar gerne an, daß die Angriffe, die von liberaler Seite eine Zeitlang gegen den Bauernverein erhoben wurden, etwas nachgelassen haben, die Haltung einiger Bezirksbeamten gegen denselben lasse ihn aber eine bestimmte Erklärung der Großh. Regierung über ihre Stellungnahme zu dieser Einrichtung für wünschenswerth erachten, damit kein Beamter irrtümlich mehr hoffen könne, sich durch Bekämpfung des Vereins verdient zu machen. Bei den Bestrebungen, die der Bauernverein verfolgte,

und zwar mit Erfolg, wie seine große Mitgliederzahl beweise, erscheine die bisherige Opposition nicht begründlich.

Geh. Rath Eisenlohr glaubt mit Freunden konstatieren zu dürfen, daß die Debatten doch einen gewissen Ausgleich der Anschauungen erkennen ließen und knüpft daran die Hoffnung, daß auch die Vertheidiger der großen Mittel sich etwas Resignation auferlegen und von der badischen Regierung, auch wenn sie andere Ansichten als die Reichsregierung haben würde, nicht erwarten, daß sie aussichtslose Anträge bei dem Bundesrath stellen möchte, vielmehr bestrebt seien, sich mehr mit den kleinen Mitteln zu beschäftigen, mit denen doch auch manches erreichbar sei. Zu der betonten ausgleichenden Richtung haben sich auch die Ausführungen des Abg. Schüler und Kopf über den Bauernverein bewegt; beide versicherten, daß dieser Verein keinerlei politische Tendenz verfolgte. Daß über diesen Punkt im Lande auch vielfach eine andere Ansicht bestünde, sei den Herren bekannt. Für ihn erübrige hierauf einzugehen, da er den Bauernverein lediglich als eine den Interessen der Landwirtschaft dienende Vereinigung betrachten wolle, deren Verdienste er auf dem Gebiete der Organisation des Rechtsschutzes gerne anerkenne. Wenn nun aber der Abg. Schüler ein so großes Gewicht darauf gelegt habe, daß der Bauernverein auf dem Grundsatz der Selbsthilfe beruhe, so wolle er demgegenüber auf die Ausführungen des Abg. Dreher verweisen, der mit Recht hervorgehoben habe, daß mit Selbsthilfe auf diesem Gebiet nicht alles erreicht werden könne. Ein Blick in das Budget bestätige unabweisbar die Richtigkeit dieser Behauptung. An der Wahrheit der Versicherung Schüler's, daß die Bauernvereine Hand in Hand mit der Regierung gehen wollen und durchaus keinen Gegensatz zwischen sich und den landwirtschaftlichen Bezirksvereinen hervorzurufen beabsichtigen, wolle er nicht zweifeln. Er könne aber nicht versichern, daß nach übereinstimmenden Berichten der Bezirksbeamten die Bauernvereine allen Maßregeln des Bezirksamts, des Landwirtschaftslehres u. s. w. nur Mißtrauen entgegen bringen. Wenn er also auch zugeben wolle, daß seitens der leitenden Organe andere Ziele verfolgt werden, so scheine man sich in den unteren Kreisen hierüber nicht klar zu sein. Er könne es daher auch heute noch nicht als ein Vortheil ansehen, daß die Landwirthe, anstatt die Vertretung ihrer Interessen eine in Verein anzuvertrauen, getrennt im landwirtschaftlichen Verein und Bauernverein, vorgehen, eine Konkurrenz, die auf diesem Gebiete nur schaden könne. Er vertraue andererseits aber nach den bestimmten Versicherungen der Abg. Schüler und Kopf, daß es dem Einfluß der Führer der Bauernvereine gelingen werde, die vorhandenen Gegensätze zu beseitigen und die erforderliche Harmonie hervorzurufen. Denn das sei ja das Bedauerliche, daß bei aller Sorgfalt der Großh. Regierung und des hohen Hauses so viele gutgemeinte Maßnahmen an der Gleichgültigkeit und dem geringen Entgegenkommen der ländlichen Kreise scheitern.

Was die übrigen Ausführungen in der Debatte betreffe, so wolle er zunächst die Behauptung des Abg. Giesler, daß die Großh. Regierung den Reformbestrebungen auf dem Gebiet des Börsenwesens nicht warm gegenüber stehe, richtig stellen. Bereits zu den Vorberhandlungen über den dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Börsengesetzes, der eine Reform des Börsenwesens unter Einschränkung und Erschwerung der Differenzgeschäfte erstrebe, habe die Großh. einen Vertreter entsendet. Sie habe dann auch dem Entwurf zugestimmt, obwohl die Verhältnisse an der einzigen Börse unseres Landes (Mannheim) keinerlei eine Reform erfordernde Mißstände aufwiesen. Zu den Beschlüssen der Börsengesetzkommission des Reichstages Stellung zu nehmen habe die Großh. Regierung bisher keinen Anlaß gehabt, nachdem sich noch nicht einmal der Reichstag hierüber ausgesprochen. Sowie nur könne er heute schon sagen, daß die Regelung der Frage eine sehr schwierige sei und man sich hüten müsse, zu weit zu gehen.

Wenn sodann bedauert worden sei, daß keine besondere Position zur Förderung der Getreideabfuhrgegenschaften angenommen sei, so rühre dies daher, daß die bezüglichen Bestimmungen der Großh. Regierung einen faum nennenswerthen Erfolg gehabt haben. Sollten aber außer der jetzt schon in Eppingen bestehenden Genossenschaft noch weitere gegründet werden, so solle denselben thunlichste Unterstützung aus der Position für Förderung der Landwirtschaft - Allgemeines gewährt werden. Mit großartigen Plänen, Errichtung von Lagerhäusern u. s. w., dürfe man sich jedenfalls bei diesen Genossenschaften nicht tragen; ein Schuppen genüge vollständig als Aufbewahrungsort für das Getreide. Die Verhandlungen mit der Militärbehörde wegen Entsendung von Abgesandten in die Absatzgebiete behufs Einkaufs seien noch nicht abgeschlossen; die preussische Regierung habe sich einwilligen zu Versuchen in dieser Hinsicht bereit erklärt. Bezüglich des Normalgewichts habe die Großh. Regierung ebenfalls Verhandlungen eingeleitet; übrigens sei dasselbe nur bezüglich des Roggens und nur im Kreise Mosbach nicht erreicht worden. Was schließlich die Maßnahmen betreffe, welche die Großh. Regierung zur Förderung der Landwirtschaft bezwecke, so sei ihr Programm in dem Budget niedergelegt, und glaube er sich deshalb weitere Ausführungen in dieser Hinsicht bis zur Spezialberatung aufsparen zu dürfen.
(Schluß folgt.)

64. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Dienstag, den 17. März 1896. (Vorläufiger Bericht.)

Am Ministertisch: Der Präsident Großh. Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr, Ministerialrath Reinhard, Regierungsräthe Märklin und Jauer.

Präsident Günner eröffnet die Sitzung 9^{1/4} Uhr.
Das Haus tritt heute in die Spezialberatung des Landwirtschaftsbudgets ein und genehmigt die Anforderungen unter Position 1 für den landwirtschaftlichen Verein und die landwirtschaftliche Interessenvertretung gegen einen Antrag der Abg. Wacker und Genossen auf Herabsetzung des hierfür vorgesehenen Betrages; ferner werden genehmigt Position 2 bis 6 Landwirtschaftlich-Chemische Versuchsanstalt, 7 bis 11 Landwirtschaftlich-Botanische Versuchsanstalt, 12 bis 16 Land-

wirtschaftliche Winterschulen und Wanderlehrer, 17 bis 20 Ackerbauschule Hochburg, 22 bis 24 Obstbauschule Augustenburg, 25 bis 27 Hufbeschlagschulen, 28 Für Förderung der Pferdezucht, 29 Für Förderung der Rindviehzucht.

An den Debatten beteiligen sich außer Geh. Rath Eisenlohr und Ministerialrath Reinhard die Abgg. Straub, Wacker, Klein, Kopf, Hug, Frank, Eder, Pfisterer, Giesler, Blattmann, Straube, Müller, Schüler, Samid, Neuwirth, Flügel, Wittmer, Weggoldt, Greiff, Benedey, Köhler, Haub.

Die Sitzung wird um 2 Uhr geschlossen.
Nächste Sitzung morgen Vormittag 9 Uhr.

Großherzogthum Baden. Karlsruhe, den 17. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag die Vorträge des Ministers von Brauer und Nachmittags diejenigen des Geheimraths von Regenauer, des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationssekretärs Dr. Seyb entgegen.

(Spenden.) Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Wilhelm und Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelmine haben zu Gunsten der Hochwasserbeschädigten die Summe von 1000 M., Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Karl und die Frau Gräfin von Rhena zu gleichem Zweck die Summe von 500 M. gespendet.

(65. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.) Tagesordnung auf Mittwoch den 18. März 1896, Vormittags 9 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Fortsetzung der Beratung des Berichtes der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1896/97: Titel XVI der Ausgaben und Titel V, VI und VII der Einnahmen. Berichterstatter: Abg. Frank.

(Die Rezitationsfeier der Baronin Osten-Sacken) bringt in dieser Woche die hochpoetische Frithjofage von E. Tegner und nächsten Samstag eine Reihe von Dichtungen ersten und besten Inhalts, darunter zwei patriotische von Karl Reuleaux: „Im Kyffhäuser“ und „Der erliche Bayer“. Die beiden ersten Vorträge waren schwach besucht. Hoffentlich finden die nächsten Vorträge mehr Anerkennung.

(Vorträge.) Der diesjährige Vortragsklus des Kaufmännischen Vereins schloß am vergangenen Samstag mit einem Vortrag von Professor Dr. Busch aus Freiburg über „Das alte und das neue deutsche Kaiserthum“. Der Redner schilderte in gewandter und anziehender Weise die Entwicklung des deutschen Kaiserthums von den Karolingern an und zog dann einen interessanten Vergleich zwischen dem deutschen Kaiserthum von einst und jetzt. — Am gleichen Abend hielt im Museum Herr Professor Dr. C. Elster einen Vortrag über Gustav Freytag, in welchem er in geistvoller Weise das Leben und Wirken des berühmten Schriftstellers schilderte und ihn als den Typus der nationalen Dichtung der Neuzeit bezeichnete. Beide Redner erhielten für ihre Ausführungen von den zahlreich erschienenen Zuhörern reichen Beifall.

Dr. Sch. (Schneebeobachtungen.) Zu Beginn der Woche vom 8. bis 14. März lag nur in den höheren Lagen des Landes Schnee. Im südlichen Schwarzwald begann die geschlossene Schneedecke bei ca. 900 m, im nördlichen bei etwa 800 m, aus den tieferen Lagen war der dort vorhandene wenige Schnee infolge starken Regens abgegangen. Am 8. und theilweise auch noch am 9. März sind abermals ungewöhnlich starke Regenschauern gefallen, deren Ergiebigkeit an einigen Orten weit über dem Maß des seit Errichtung der meteorologischen Station (1869) dagewesenen liegt; der Schnee ist dadurch wohl zum Theil geschmolzen, doch hat sich in der Umgebung des Feldberges in einer Höhe von etwa 1000 m und im nördlichen Schwarzwald in einer Höhe von etwa 800 m eine geschlossene Decke erhalten, so daß am Morgen des 14. beim Feldbergsee bei ca. 650 m in Todtnauberg 2 in St. Märgen 22 und in Kniebis 20 cm gemessen werden konnten. Vor dem Eintreten der Hochwasserkatastrophe waren an den genannten Beobachtungsstellen 145 bezw. 46, 55 und 45 cm gelegen. Kaltenbrunn ist im Laufe des 12. schneefrei geworden.

(Meine Nachrichten aus Karlsruhe.) Ein Kaufmann aus Worms, der vom Februar bis Juni v. J. bei einer Frau in der Herrentrage wohnte, wußte ihr durch falsche Vorspiegelung 70 M. abzuschnindeln und ist dann unter Zurücklassung einer Miettschuld von 30 M. heimlich verschwunden. — Ein 15 Jahre alter Bursche aus Blantzenhorn, der bei einem Schneebremmeister in Gröhningen in der Lehre stand, ist am 7. d. M. wegen fortgesetzter Unfolgsamkeit von seinem Lehrherrn körperlich geüchelt worden, was den Burschen veranlaßte davonzulassen. Am 14. d. M. sollte er wieder zu seinem Lehrherrn zurückkehren, er ging aber statt dessen zu seiner in der Waldhornstraße wohnenden Tante, woselbst er am 15. Morgens unter verdächtigen Umständen gestorben ist. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß sich der Unglückliche sehr wahrscheinlich mit Phosphor vergiftet hat.

(Meningen (M. Meßkirch), 14. März. Letzten Donnerstag wurde auf heiliger Gemartung durch das Hochwasser eine Kindleiche angefahren, die schon einige Zeit im Wasser gelegen sein mag. Das Kind soll nach ärztlichem Gutachten etwa vier Monate alt gewesen und eines gewaltsamen Todes gestorben sein. Der Thäter konnte bis jetzt nicht ermittelt werden.

(Reckarembund, 15. März. Gestern Nachmittag um 1/4 12 Uhr wurden im Steinbruch des Z. Ammann durch herabstürzende Steine zwei aus Dilsberg gebürtige Steinbrecher erschlagen. Die Verichtscommission begab sich heute Sonntag an die Unfallstelle, wo die Leichen noch in einem Schuppen lagen.

(Freiburg, 15. März. Eine Abordnung des Stadtraths, bestehend aus dem Oberbürgermeister Dr. Winterer, dem Bürgermeister Dr. Thoma und dem Dienstältesten des Kollegiums Stadtrath Wäß, begab sich gestern Nachmittag zu Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog, um ihm den Dank der Stadt für Gewährung militärischer Hilfe bei der Hochwasserkatastrophe auszusprechen und ihn zu bitten, auch dem Regimente den herzlichsten Dank für energisches Eingreifen zu übermitteln. Der Erbprinz erwiederte, daß es ihn freue, die Gefahr beendet zu sehen; tief bedauere er, daß das Unglück Menschenleben gefordert habe. — Im Stadtrath selbst wurde der günstige Stand der Räumungsarbeiten an der Dreifam mit Befriedigung bemerkt. An Stelle der zerstörten Schwabenbrücke vermittelt jetzt ein Steg den Verkehr zwischen innerer Stadt und Wehre. Die Dreifam fällt noch immer. — Der Stadtrath einigte sich für den Anschluß an das Landeshilfskomitee. Hier werden die Sammlungen mit großem Eifer und schönem Erfolg betrieben. Eine Reihe von Wohlthätigkeitskonzerten finden im Laufe der nächsten Woche statt. („Bad. Landesztg.“)

(Jell a. S., 15. März. Heute sind viele Fremde hier, um sich den Hochwasser Schaden zu ansehen, und alle sind darüber erstaunt, welche Verheerungen unsere sonst so unschuldig aussehenden Bäche angerichtet haben. Die Fluthen der Nordrach, denen ihr Bett zu eng geworden war, hatten oberhalb der Haagerischen Fabrik eine Breche gerissen und ergossen sich nun zum größten Theil durch dieses Etablissement hindurch, theilweise durch Fabrik- und Magazinaräume und zu den unteren Fenstern wieder heraus.

Wenn es nicht den am Montag herbeigerufenen Pionieren mit äußerster Anstrengung gelungen wäre, die Breche zu verstopfen, so wären die Gebäude der Fabrik unterpült worden und eine lange Betriebsstillstellung unvermeidlich gewesen. — In unserem Vorort Neuhäusern hatte die Nordbrücke ihr altes Bett, das mit Bergen von Kies voll geschwemmt war und vollständig trocken lag, gänzlich verlassen, zwei große Bauernhäuser standen mitten in der Strömung, welche den Grund neben und unter den Fundamenten jede Minute mehr wegsplügte. Auch hier ist es nur der aufopfernden Thätigkeit der Pioniere zu verdanken, daß die beiden Häuser erhalten wurden. In nicht mehr als 2 1/2 Tagen haben zuerst 20 und dann 40 Mann Pioniere nicht nur diese Arbeit bewältigt, sondern noch eine eiserne Brücke über die Nordbrücke, welche schon an drei Ecken unterwühlt war, durch Unterstopfen der Fundamente und Vorlegen von Sackzement erhalten und eine sehr gute Holzbrücke auf der Entersbacher Straße geschlagen, die deshalb um so notwendiger war, als sie jetzt den ganzen Straßenverkehr mit dem oberen Ringthal vermitteln muß, da die Eisenbrücke zwischen Steinach und Hiberach weggerissen wurde und daher auf jener Straße kein Durchkommen mehr ist. Auch der Harmersbach hat auf unserer Bemerkung an den Ufern großen Schaden angerichtet. Ein Teil der Straße nach Unterharmsbach ist abgerutscht, da wo der Harmersbach durch das Städtchen fließt, sind großentheils die Ufermauern weggerissen, Häuser sind unterpült und müssen geräumt werden, Wäschkästen zc. wurden fortgerissen, mehrere Gärten sind ganz oder theilweise in den Fluthen versunken, ein eiserner Steg und zwei Wehre wurden weggerissen, eine gewölbte Brücke ist eingestürzt. Unterhalb des Städtchens hat der Harmersbach sein altes Bett verlassen und sich über Ackerfeld und Wiesen einen neuen Weg gebahnt, den Ackerboden mit fortziehend und die ganze Gegend mit Kies und Sand übersättigend. Etwa 40 Morgen Feld sind dort gänzlich verwüstet. Gestern hat ein Sachverständiger den entstandenen Schaden ausgemessen und berechnet, daß 32 000 M. nöthig sind, um die der Gemeinde obliegenden Reparaturen an Straßen, Brücken, Ufern zc. auszubessern; der Schaden, den Private in unserer Gemeinde erleiden, wurde auf 55 000 M. taxirt, zusammen 87 000 M. nur allein in unserer Gemarkung. In den Gemeinden Unter- und Oberharmsbach und Nordrach sieht es ähnlich aus und theilweise noch schlimmer. Der Fuhrverkehr in beiden Thälern dürfte noch für längere Zeit unterbrochen sein, da an vielen Stellen, wie zum Beispiel von Zell nach Nordrach größere Straßenstrecken gänzlich verschwunden sind. Unsere sonst so lieblichen Thäler gewähren einen recht traurigen Anblick und viele der Geschädigten, sowie auch die Gemeinden werden nicht im Stande sein, ohne fremde Unterstützung die Schäden wieder auszubessern.

Deutscher Reichstag.

(Telegramm.)

Berlin, den 17. März.
(Fortsetzung der zweiten Beratung des Kolonialgesetzes; Beratung des Spezialartikels des südwestafrikanischen Schutzgebietes.)
Zum Titel Ausgaben läßt sich Abg. Prinz Arnberg (Centr.) über die Kommissionsberathungen aus und befragt die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen hinsichtlich der Regelung der Militärfrage in den Schutzgebieten und Befreiung der Missionare von der Dienstpflicht.
Abg. Haffe (nat. lib.) hält es für wünschenswerth, daß die Söhne deutscher Kolonisten ihrer Dienstpflicht in Afrika genügen; die Kolonien könnten in dieser Hinsicht als Inland angesehen werden.
Direktor Dr. Kayser führt aus, die Regierung erwäge diese Frage und werde dem Hause noch in dieser Session eine darauf bezügliche Vorlage unterbreiten.
Abg. Graf Arnim (Reichsp.) legt dar, ein großer Theil von Südwestafrika sei der englischen Herrschaft unterworfen. Die englische Herrschaft reiche durch die projektirten Bahnen von der Ueberbrückung bis zur englischen Grenze. (Staatssekretär Hr. v. Marschall betritt den Saal.) Redner macht alsdann dem Direktor Kayser verantwortlich für die begangenen Fehler bei dem in die Länge gezogenen Kampfe gegen Witbooi und der Weiterverpackung der Guano-Ausbeutung an Engländer. Die Swakopbai müsse ausgebeutet werden.
Direktor Dr. Kayser führt aus, die Regierung habe die Guano-Ausbeutung nicht verpachtet, sondern die Kolonialgesellschaft. Von einer Uebertragung der Ueberbrückung an das Parasthoma-Syndikat könnte gar keine Rede sein. Was würde aber wohl geschehen, wenn wir in unseren Kolonien den Grundbesitz aufstellen wollten, englische Gesellschaften nicht zuzulassen? Das würde zu einer ernstlichen Schädigung unserer Interessen führen müssen.
Abg. Dr. Hammacher (nat. lib.) tritt dem Abg. Graf Arnim entgegen, der übertrieben habe. Die Kolonialgesellschaft sei patriotisch und vorsichtig verfahren. Der zur Eisenbahn hergegebene Boden sei werthloser Sand. Eine Verbesserung der Swakopbai sei allerdings wünschenswerth; ebenso bedürfe man Verinselungsanlagen. Das Innere von Südwestafrika sei aber entwicklungsfähig, gerade für den Ackerbau.
Abg. Behel (Soz.) hält die südwestafrikanische Kolonie für die beste, jedoch erfordere sie noch einen großen Zuschuß. Einen Erfolg würden die Ausgaben auch nicht haben. Wasseranlagen und Wege kosteten Millionen. Der Ackerbau sei aussichtslos. Bezüglich der Zulassung der Engländer gebe er dem Direktor Dr. Kayser und dem Abg. Dr. Hammacher Recht. Dagegen habe die Kolonialgesellschaft die Anfeindler ausgezogen. Auch die Verhältnisse der dortigen Gesellschaften und Synodate, die einen Rattenkönig unter einander bildeten, seien keine erfreulichen.

Die englische Expedition nach Dongola.

(Telegramme.)

Kairo, 17. März. Neutermeldung. Der Khedive nimmt das lebhafteste Interesse an der Expedition, die den Nil hinauf nach dem Sudan geht. 450 Mann Kavallerie und 1000 Kameelreiter sind zur Expedition nach Wadihalla ausgerüstet. Eine Batterie mit Marinekanonen ist ebenfalls dorthin beordert. Die öffentliche Meinung in Kairo ist allgemein der Expedition günstig gesinnt. Besonders die Handelsklassen sind mit derselben einverstanden, da sie dadurch eine Wiederbelebung des Handels nach dem Süden erwarten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 17. März. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“

schreibt: Ein rheinisches Blatt läßt sich aus Petersburg melden, die Hauptverhandlungen über die neueste deutsch-englisch-chinesische Anleihe seien in Petersburg, und zwar von dem Botschafter Fürsten Radolin geführt worden. Zugleich wird angedeutet, daß die dortigen Finanzkreise von dem Abschluß der Anleihe unangenehm überrascht worden seien. Wie wir erfahren, fanden die Verhandlungen theils in Peking, theils in Berlin, aber nicht in Petersburg, statt. Es lägen keinerlei Anzeichen vor, die darauf schließen ließen, daß der gegen das Zustandekommen der Anleihe gerichtete Widerstand von russischer Seite gekommen oder unterstützt worden sei. Soviel wir wissen, sind auch die russischen Finanzkreise über den Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden gewesen.

Berlin, 17. März. Die am Sonntag Mittag verhafteten anarchischen Medaiktore Landauer und Spater sind Sonntag Abend wieder freigelassen worden.

Budapest, 17. März. Ministerpräsident Baron Banffy legte dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vor, der bestimmt, anlässlich der Willenarfeier hier und im Lande verschiedene Denkmäler aufzustellen und 400 neue Volksschulen im Lande zu errichten.

Vern, 17. März. In der Detailberathung des Eisenbahnrückstellungsgesetzes nahm der Nationalrat den Antrag der Kommission an, wonach die Einlagen in den Erneuerungsfonds nicht nur, wie nach der Fassung des Ständerathes, für den Oberbau, Rohmaterialien, Mobilien und Geräthschaften, sondern auch für den Hochbau und für die mechanischen Stationseinrichtungen zu machen sind.

Rom, 17. März. Ihre Majestäten der König und die Königin werden heute Abend den Herzog von Cambridge empfangen. Der König hat einige Dekrete unterzeichnet, nach denen Bischöfen das Exequatur ertheilt wird.

Wie die „Opinione“ meldet, werde der Justizminister die Verzögerungen beseitigen, die in der letzten Zeit bei der Ertheilung des Exequatur an Bischöfe und des Placet an Geistliche eingetreten waren, vorausgesetzt, daß solche Verzögerungen nicht durch ernstliche Gründe gerechtfertigt sind.

Paris, 17. März. Der Minister des Auswärtigen, Bertelot, erklärte im Ministerrath, der großbritannische Botschafter, Marquis v. Dufferin, habe ihm in einem Schreiben den Plan der Expedition nach Dongola mitgetheilt. Er, Bertelot, hat hierauf den Marquis v. Dufferin aufgefordert, von demselben Auskunft über Ursachen und Ziele der Expedition erbeten und die Aufmerksamkeit desselben auf das Gefährliche der Folge dieser Expedition gelenkt.

Cannes, 17. März. Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich ist an Bord der „Miramar“ nach Neapel abgereist und wird sich von dort nach Corfu begeben.

Seraing-sur-Meuse (Arrond. Lüttich), 17. März. Heute Morgen ist die Mehrzahl der hiesigen Grubenarbeiter in Ausstand getreten. Die Zahl der Feiernden beträgt 1200.

St. Petersburg, 17. März. Wie gerüchtweise verlautet, wird der gegenwärtig in St. Petersburg weilende General Kropotkin nach den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau zum Kriegsminister ernannt werden, an Stelle des Generals Wannowski, der wegen hohen Alters und ernstlicher Erschütterung seiner Gesundheit seine Entlassung eingereicht hat.

St. Petersburg, 17. März. Dieser Tage wird der türkische Staatssekretär Kamil-Bei in besonderer Mission hier eintreffen. — Der Vertreter des Schahs von Persien bei der Krönung in Moskau wird Prinz Abbas Mirza Mulkara, der Bruder des Schahs, sein.

Sofia, 17. März. Der deutsche Konsul, Hauptmann a. D. Dr. v. Voigt-Rhede, erhielt gestern seine Ernennung zum Generalkonsul.

Maffanah, 17. März. Meldung der „Agenzia Stefani“. Die Lage ist unverändert. Der Gesundheitszustand der italienischen Truppen ist gut. Der Negus befindet sich immer noch in Entzückung. Die große Karawane der Italiener ist gestern Früh in Kassala wohlbehalten eingetroffen.

Verschiedenes.

St. Petersburg, 17. März. In der vergangenen Nacht wurde die große Robinson'sche Stärkefabrik von einer Feuerbrunst heimgesucht, wobei ein beträchtlicher Schaden entstand.

Drel, 17. März. Hier sind nach zuverlässigen Berichten während einer Sturmnacht in der Provinz Drel 130 Personen erfroren. Auch eine Menge Pferde und Kühe sind zu Grunde gegangen.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydrol. v. 17. März 1896.

Mit abnehmender Tiefe ist die Depression, welche gestern im hohen Nordwesten erschienen war, bis an die norwegische Küste gezogen; gleichzeitig hat sich über Südschweden ein Tiefminimum entwickelt. Das Wetter war am Morgen unter der Einwirkung beider Minima in Mitteleuropa trüb oder unbeständig mit Regenfällen und ziemlich hohen Temperaturen. In Nordosteuropa hält die strenge Kälte an (St. Petersburg -10°, Moskau -7°). Da die Depressionen voraussichtlich abziehen werden, so ist wenig bewölkt mildes Wetter zu erwarten; dasselbe wird aber wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein, da über Irland das Nahen einer neuen Depression angedeutet ist.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Nöf. in C.	Feuchtigkeit in Proc.	Wind	Himmel
16. Nachts 9 ^u II.	752.1	13.1	6.3	56	SW	bedeckt
17. Morgs. 7 ^u II.	754.5	10.2	7.0	76	SW	bedeckt
17. Mittags. 2 ^u II.	754.3	13.8	7.4	62	SW	heiter

Höchste Temperatur am 16. März 14.8; niedrigste Nachts 10.0.

Niederschlagsmenge des 17. März 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 17. März 5,31 m, gefallen 34 cm.

Industrie, Handel und Verkehr.

Mannheim, 16. März. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsraths der Rheinischen Hypothekendarlehenbank wurde beschlossen, der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 8 Proz. für das Geschäftsjahr 1895 vorzuschlagen. Die Generalversammlung ist auf den 8. April d. J. einberufen. Dieselbe hat auch über die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 080 000 M. Beschluß zu fassen.

Ludwigshafen a. Rh., 16. März. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsraths des Pfälzischen Hypothekendarlehenbank erstattete die Direktion unter Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustkonto Bericht über das Geschäftsjahr 1895. Es wurde auf Grund des Berichts beschlossen, der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 7 Proz. (wie im Vorjahre) vorzuschlagen.

Telegraphische Kursberichte

vom 17. März 1896.
Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 318 1/2, Staatsbahn 315.—, Lombarden 85.—, 3% Portugiesen 27.25, Ägypter 104.90, Ungarn 103 1/2, Diskonto-Kommandit 215.90, Gotthardaktien 173.30, 6% Mexikaner 93.90, 3% Mexikaner 27.20, Ottomankommandit 118 1/2, Türkenloose 35.75, Italiener 83.—, Meridional 121.10, Mittelmeer 90.50. Tendenz: fest.
Frankfurt. (Schlußkurse.) Wechsel Amsterdam 168.82, Wechsel London 20.46, Paris 81.13, Wien 169.55, Privatdiskont 2 1/2, Napoleons 16—22, 4% Deutsche Reichsanleihe 106.25, 3% Deutsche Reichsanleihe 99.75, 4% Preuß. Konfols 106.30, 4% Baden in Gulden 104.20, 4% Baden in Mark 105.05, 3 1/2% Baden in M. 104.65, 4% Monopolgriech. 33.35, 5% Italiener 83.50, Oesterr. Goldrente 103.50, Oest. Silberrente 85.70, Oest. Loose von 1860 129.70, 4 1/2% Portugiesen 42.80, Rente 4%, Russen 66.—, Spanier 62.80, Türkenloose 35.75, 1% Türken D. 22.10, 4% Ungarn 103.55, Ungarische Kronenrente 99.25, 5% Argentinier 59.80, 6% Mexikaner 94.—, 5% Mexik. 85.10, 3% Mexik. 27.10, Berl. Handelsgesellsch. 154.60, Darmst. Bank 159.—, Deutsche Bank 195.—, Dresdener Bank 159.50, Oesterreichische Länderbank 208 1/2, Wiener Bankverein 122 1/2, Banque Ottomane 118.60, Hessische Ludwigsbahn 125.20, Elbthalaktien 244 1/2, Schweizer Centralbahn 131.70, Schweizer Nordostbahn 130.30, Schweizer Union 91.30, Jura-Simplon 98.90, Mittelmeerbahn 90.50, Meridional 121.30, Badische Anilin- und Soda-Fabrik 62.75, Harpener 153.50, Nordd. Lloyd 109.80. Nachbörse: Kreditaktien 318 1/2, Diskonto-Kommandit 216.60, Staatsbahn 312.—, Lombarden 84 1/2.
Tendenz: fest und still. Staatsbahn matt.

Frankfurt. (Abendkurse.) Kreditaktien 318 1/2, Diskonto-Kommandit 216.50, Staatsbahn 312 1/2, Lombarden 84 1/2, Gelsenkirchen —, Harpener 153.—, Türkenloose 35.70, Portugiesen 27.80, 6% Mexikaner 93.80, Jura-Simplon 98.70, Italiener 82.70, Meridional —, Mittelmeer 90.30. Tendenz: still.

Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 236 1/2, Diskonto-Kommandit 216.60, Staatsbahn 155 1/2, Lombarden 41.90, Russ. Noten 217.—, Laurahütte 154.20, Harpener 151.80, Dortmund 41.40, Italiener —.

Berlin. (Schlußkurse.) Oesterr. Kreditaktien 236.50, Diskonto-Kommandit 216.60, Dresdener Bank 155.50, Nationalbank für Deutschland 143.60, Bochumer Gußstahl 159.50, Gelsenkirchen Bergwerk 164.20, Laurahütte 154.90, Harpener 153.20, Dortmund 41.60, Ber. Köln-Rothweiler Pulverfabrik 205.20, Deutsche Metallpatronenfabrik 338.—, Kanada-Pacific 52.90, Privatdiskont 2 1/2.

Tendenz: Bei uneinheitlicher Tendenz eröffnend, trat später Befestigung in Lokalwerten ein durch die Steigerung der Eisenaktien. Auch die Lebhaftigkeit in heimischen Bahnen regte bei gleichzeitiger Aufwärtsbewegung der italienischen Rente an. Gegen Schluß schwach auf Flaute der österreichischen Staatsbahnmarkt wegen ungünstiger Bilanzgerüchte.

Berlin. (Nachbörse. Schluß.) Diskonto-Kommandit 216.70, Deutsche Bank 195.20, Dortmund 41.60, Bochumer 159.50.

Wien. (Börbörse.) Kreditaktien 378.12, Staatsbahn 367.10, Lombarden 97.70, Marktnoten 59.05, 4% Ungarn 122.15, Papierrente 101.—, Oesterr. Kronenrente 101.30, Länderbank 248.25, Ungar. Kronenrente 98.90. Tendenz: still.

Paris. (Anfangskurse.) 3% Rente 102.10, Spanier 62 1/2, Türken 21.70, 3% Italiener 83.40, Banque Ottomane 606.—, Rio Tinto 470.—. Tendenz: —.

Paris. (Schlußkurse.) 3% Rente 101.85, 3% Portugiesen 27 1/2, Spanier 62 1/2, Türken 21.62, Banque Ottomane 604.—, Rio Tinto 467.—, Banque de Paris 807.—, Italiener 82.90, Debeers 706.—, Robinson 249.—. Tendenz: träge.

London. (Südafrika. Minen.) Debeers 28 1/2, Chartered 5.—, Goldfields 13 1/2, Randfontein 3 1/2, Eastrand 6 1/2.

Für die Wasserbeschädigten sind bei uns weiter eingegangen:

Von Ungenannt 1 M., Fräulein v. Döschhäuser 50 M., Amtsrichter Uhe in Sinsheim a. E. 10 M., Insp. Hg. 6 M., Dr. Baur, Arzt, 40 M.

Im Ganzen jetzt 1 792 M. 40 Pf.

Wir bitten um weitere mildthätige Gaben.

Karlsruhe, den 17. März 1896.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung.“

Berantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Henneberg - Seide

— nur acht, wenn direkt ab meiner Fabrik bezogen — schwarz, weiß und farbig, von 40 Pf. bis 18.65 v. M. Meter — glatt, gestreift, karriert, gemustert, Damaste zc. (ca. 240 versch. Qual. und 2000 versch. Farben, Dessins zc.), porto- und steuerfrei in's Haus. Muster umgehend.

Seiden-Fabriken G. Henneberg (k. u. k. Hofl.) Zürich.

Anzeigen

finden weiteste Verbreitung
in der über ganz Baden
gleichmäßig verbreiteten

Karlsruher Zeitung.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe.

Die Reform der Presse.

Von
Dr. J. G. Weiß.
Preis 80 Pf.

Befindet sich unsere Presse in einem Zustande, der Abhilfe erfordert? Das ist die Grundfrage, die der Autor stellt. Er bejaht sie, und es ergeben sich ihm bei der Untersuchung die weiteren Fragen: 1. Welches ist der Beruf der Presse? 2. Welches sind die Mängel der Presse? 3. Welche Mittel sind gegen die konstatierten Mängel anwendbar? 4. Werden dieselben zum Ziele führen? Wir empfehlen diese klar und überzeugend geschriebene Broschüre jedem, der sich für die Entwicklung des öffentlichen Lebens interessiert.

Tägliche Rundschau

Unparteiische Zeitung für nationale Politik.

hat bei den Gebildeten aller Stände seit ihrer im Jahre 1881 erfolgten Gründung stets weiteren Eingang gefunden, so dass sie jetzt in einer Auflage von fast 26 000 Exemplaren erscheint.

Sie ist gut und schnell unterrichtet und unterhält Correspondenzen mit allen grösseren Plätzen; in allen ihren Theilen anregend bietet sie besonders in ihrer täglichen Unterhaltungsbeilage hervorragende Romane, Erzählungen und Aufsätze aus den besten Federn.

Als vornehmste deutsch-nationale Zeitung bekannt, lässt sie ihre durchaus selbständige Haltung von keiner Partei, von keinen materiellen Interessen beeinflussen, sondern allein von wahrer Vaterlandsliebe bestimmen. Diese weist ihr in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen eine feste und unbiegsame Stellung an, die ihr in ganz Deutschland täglich neue Freunde gewinnt.

Berlin SW, Zimmerstr. 7.
Vierteljährlich nur 5 M.
1919 Nr. 88

Gemeinde Ulm. Amtsgerichtsbezirk Bülh.

Öffentliche Aufforderung zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diesigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- oder Unterpfandsbüchern der Gemeinde Ulm, Amtsgerichtsbezirks Bülh, eingeschrieben sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Vereinigung der Unterpfandsbücher betreffend (Reg.-Bl. Seite 213) und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnungen bei diesen Vereinigungen betreffend (Ges.-u. B.-Bl. S. 43), sowie des Gesetzes vom 29. März 1890, die Vorzugs- und Unterpfandsrechte betreffend (Ges.-u. B.-Bl. S. 155), aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gewähr- oder Pfandgerichte unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Ges.-u. B.-Bl. S. 44) und der in § 3 der Verordnung vom 9. Juni 1890 (Ges.-u. B.-Bl. S. 263) vorgeschriebenen Formen nachzuführen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge gestrichen werden.

Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichnis der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindehause zur Einsicht offen liegt.

Ulm, den 14. März 1896. W-596.
Das Gewähr- und Pfandgericht. Der Vereinigungskommissär:
Rößner, Bürgermstr. Fraß, Rathschr.

Gemeinde Weuren. Amtsgerichtsbezirk Engen.

Öffentliche Aufforderung zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diesigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- oder Unterpfandsbüchern der Gemeinde Weuren, Amtsgerichtsbezirks Engen, eingeschrieben sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Vereinigung der Unterpfandsbücher betr. (Reg.-Bl. S. 213) und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnungen bei diesen Vereinigungen betr. (Ges.-u. B.-Bl. S. 43), aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gewähr- und Pfandgerichte unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Ges.-u. B.-Bl. S. 44) vorgeschriebenen Formen nachzuführen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge gestrichen werden.

Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichnis der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindehause zur Einsicht offen liegt.

Weuren, den 14. März 1896. W-598.
Das Gewähr- und Pfandgericht. Der Vereinigungskommissär:
Schuhwerk, Bürgermstr. Bestner, Rathschr.

Gemeinde Friedenweiler. Amtsbezirk Neustadt.

Öffentliche Aufforderung zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diesigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- oder Unterpfandsbüchern der Gemeinde Friedenweiler, Amtsbezirk Neustadt, eingeschrieben sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Vereinigung der Unterpfandsbücher betr. (Reg.-Bl. S. 213) und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnungen bei diesen Vereinigungen betr. (Ges.-u. B.-Bl. S. 43), aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gewähr- oder Pfandgerichte unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Ges.-u. B.-Bl. S. 44) vorgeschriebenen Formen nachzuführen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge gestrichen werden.

Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichnis der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindehause zur Einsicht offen liegt.

Friedenweiler, den 14. März 1896. W-597.
Das Gewähr- und Pfandgericht. Der Vereinigungskommissär:
Ritner.

Vorzügl. Theemischungen à Mk. 2.50 u. 3.50 p. Pfd. in höchsten Kreisen eingeführt. (Kais. Kgl. Hof.) Probepack. 60 u. 80 Pf.

Thee, MESSMER

Baden-Baden u. Frankfurt a. M.

Dr. Karl Dypels

BUCH DER ELTERN

Praktische Anleitung zur häuslichen Erziehung der Kinder vom frühesten Alter bis zur Selbständigkeit.

4. verbesserte Auflage. Preis in Original-Leinwandband Vier Mark. Pädagogischer Verlag von M. Diefertweg in Frankfurt a. M.

In allen Fragen der Erziehung zu rathen und Rathgriffe und Rathfahnen vorzugeben, bietet Dr. Dypel in seinem Buch der Eltern an der Hand der Erfahrung einer 44-jährigen treuen Arbeit einen Rathgeber und Führer, der an lebendigen Beispielen aus dem täglichen Leben und in paterber, feisender Form zeigt, was zu thun und was zu meiden ist; wie man in Erziehungssachen denkt und beobachtet, wie beispielsweise Gehorsam zu erzielen und Uügenhaftigkeit zu bekämpfen ist; wie sich Eltern gegenüber von Redthaberei, Born und Ehrgeiz zu verhalten haben; wie man zur Pflichttreue, zur Ordnung und schließlich zur Selbständigkeit erzieht.

Zu beziehen durch die G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe. W-541.1

III. Recitation der Baronin Othen-Sacken zum Besten W. 629 des Lehrerenheims in Lichtenthal

Mittwochsden 18. d. Mts., präcis 7 1/2 Uhr, im Saale der Vier Jahreszeiten: Die Frithof-Sage von G. Tegner.

6 Karten à 10, 1 Karte à 2.50, zu haben in F. Doerr's Musikhof.

W. 593. Freiburg.

Haus-Versteigerung.

Aus dem gerichtl. für ledig erklärten Nachlaß des Johann Georg Vapst Romer, Suppler in Freiburg, wird am

Mittwochsden 1. April d. J., Vormittags 11 Uhr, in dem Rathhause zu Freiburg das an der Hochbergstraße dahier neben Jg. Huber, Heinrich Pfaff und Wilhelm Lang gelegene Wohnhaus Nr. 19 öffentlich zu Eigenthum versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis von 13000 M. oder mehr geboten wird.

Die weiteren Steigerungsbedingungen können bei dem unterzeichneten Notar, Kaiserstraße 145, eingesehen werden.

Freiburg, den 10. März 1896. Großh. Notar: Gaertner.

Planfertigung u. Bauleitung in Fabrikanlagen, zu Dampf- & Wasserkraftanlagen p. p.

übernimmt W. 61 27 Ctv.-Ing. Wilh. Walz, Karlsruhe.

Bürgerliche Rechtsstreite. Berichtung.

W. 625. Nr. 4308. Mannheim. Der Klagenzug vom 28. v. Mts., Nr. 3472, veröffentlicht in Nr. 106 und 108 der Karlsruher Zeitung, wird dahin berichtigt, daß der Beklagte nicht Josef Alexander, sondern Josef Alexander Hutschman heißt.

Mannheim, den 11. März 1896. Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Schneider.

W. 618. Nr. 14,821. Mannheim. Ueber das Vermögen des Wirths Daniel Wasser in Räfertal ist heute Mittag 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden.

Zum Konkursverwalter ist ernannt: Kaufmann Georg Fischer in Mannheim.

Konkursforderungen sind bis zum 8. April 1896 bei dem Gerichte anzumelden und werden daher alle Diejenigen, welche an die Masse als Konkursgläubiger Ansprüche machen wollen, hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche mit dem für verlangten Vorrechte bis zum genannten Termine entweder schriftlich einzureichen oder der Gerichtsschreiberei zu Protokoll zu geben, unter Beifügung der urkundlichen Beweismittel oder einer Abschrift derselben.

Zugleich ist zur Beschlußfassung über

die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwochsden 15. April 1896, Vormittags 10 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht, Abth. 9, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 8. April 1896 Anzeige zu machen.

Mannheim, den 16. März 1896. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Rößner.

W. 619. Nr. 3471. Rehl. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Sidor Roos in Stadt-Rehl ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

Freitag den 27. März 1896, Vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst anberaumt.

Rehl, den 13. März 1896. Kopp, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Vermögensabsonderung.

W. 590. Nr. 3142. Freiburg. Die Ehefrau des Uhrmachers Heinrich Grass, ed. Marie, geborene Jegli in Freiburg, hat gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögensabsonderung bei der I. Civilkammer des Großh. Landgerichts Freiburg erhoben und ist Termin zur Verhandlung dieser Klage auf

Dienstag den 5. Mai 1896, Vormittags 9 Uhr, bestimmt.

Freiburg, den 13. März 1896. Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Bortisch.

W. 589. Nr. 3033. Offenburg. Die Ehefrau des Maurermeisters Joseph Kagenberger, Luise, geborene Oser in Eichenhal, wurde durch Urtheil der Civilkammer I dahier unterm Heutigen für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzuhängen.

Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.

Offenburg, den 10. März 1896. Die Gerichtsschreiberei Gr. Landgerichts.

Strafgerichtsplege.

Ladung.

W. 588.1. Schopfheim. Der am 24. Mai 1862 in Eichenbach geb. evang. led. Schneider Heinrich Geis, zuletzt wohnhaft in Schopfheim, wird beschuldigt, als Beihülfer des I. Aufgebänders ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein — Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf

Dienstag den 5. Mai 1896, Vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Gr. Schöffengericht Schopfheim zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafproceßordnung von dem Königl. Bezirkskommando Donaueschingen ausgestellt Erklärung verurtheilt werden.

Schopfheim, den 7. März 1896. Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Verwaltungssachen.

W. 599. Nr. 11,145 I. Mannheim. Bekanntmachung.

Die Anlage eines Industriebetriebs in Mannheim betr.

Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in der Verhandlung vom 16. September v. J.

die evangelische Pfarrei Käferthal, Georg Hartmann, Schußfabrikant hier, Heinrich und Magdalena Komte hier mit Zustimmung des Vormunds und der Oberverwaltungsbehörde,

Johann Ignaz Wellenreuther hier, Freiherr Sigmund Theodor von Berckheim in Weinheim

ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, ihre von der Stadtgemeinde Mannheim zum Bau eines Industriebetriebs in Anspruch genommenen Eigenschaften und Eigenschaften abzugeben, die unteren Mählauf und in der Hemschöfer Weid an die Stadtgemeinde Mannheim vorbehaltlich der gültigen oder richterlichen Feststellung des Preises abzutreten.

Mannheim, den 13. März 1896. Großh. bad. Bezirksamt. Frey. v. Rüd.

W. 604. 38/43. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Zur Fortführung der Vermessungswerte und der Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen ist im Einverständnis mit den Gemeinderäthen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betreffenden Gemeinde anberaumt, für die Gemarkung:

1. Graben, Donnerstag den 26. März, Vormittags 8 1/2 Uhr;
2. Zinkenheim, Montag den 30. März, Vormittags 8 Uhr;
3. Leopoldshafen, Dienstag den 7. April, Vormittags 8 Uhr;
4. Eggenstein, Donnerstag den 9. April, Vormittags 8 Uhr;
5. Darglanden, Montag den 13. April, Vormittags 8 1/2 Uhr;
6. Büchig, Samstag 18. April, Vormittags 8 1/2 Uhr.

Die Grundeigentümer werden hiebei mit dem Ansuchen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Tagfahrt eingetretenen, dem Gemeinderath bekannt gewordenen Veränderungen in Grundeigenthum während 8 Tagen vor dem Fortführungstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufgelegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigenthum und deren Beurkundung in Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen.

Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Tagfahrt in ihrem Grundeigenthum eingetretenen, aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fortführungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handriffe und Notizen von der Tagfahrt bei dem Gemeinderath oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amts wegen beschaßt werden müßten.

Auch werden in der Tagfahrt Anträge der Grundeigentümer wegen Wiederbestimmung verlorener gegangener Grenzmarken an ihren Grundstücken entgegen genommen.

Karlsruhe, den 11. März 1896. Der Großh. Bezirksgeometer: Genier.

W. 634. Karlsruhe. Grob. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Vom 1. Mai d. J. tritt im Verkehr mit einigen Stationen der schweiz. Nordostbahn eine wesentliche Erhöhung der Personalfahrtpreise ein. Nähere Auskunft ertheilt unser Perlenortsbureau. Karlsruhe, den 16. März 1896. General-Direktion.

W. 466.3. J. Nr. 998. Saargemünd. Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Gesonderte Einführung der Beninger Linie in den Bahnhof Saargemünd und Umbau der Personentation Saargemünd.

Die Erd-, Maurer- und Betonungsarbeiten zur Herstellung eines 5 m weiten, 80 m langen Bahnhofs Saargemünd mit 6 Treppenanstiegen auf Bahnhof Saargemünd sollen einsehl. der gesammten Materiallieferung öffentlich verdingen werden.

Die Bedingungen und Berechnungen, sowie die Zeichnungen können auf dem Bureau der Bauabtheilung Saargemünd für die gesonderte Einführung der Beninger Linie in den Bahnhof Saargemünd und Umbau der Personentation Saargemünd eingesehen, erstere auch von dort gegen Erstattung der Druckkosten abgegeben werden.

Vorchriftsmäßige, verschlossene Angebote mit der Aufschrift: „Bahnhofsamt Saargemünd“ sind bis zum 9. April d. J. Vormittags 11 Uhr, auf dem Bureau der Bauabtheilung postfrei einzureichen, wo die Eröffnung in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter stattfinden wird.

Zuschlagsfrist 4 Wochen. Saargemünd, den 7. März 1896. Der Eisenbahn-Bau- u. Betriebs-Inspektor: Kriehche.

W. 633. Nr. 4987. Offenburg. Ausschreiben.

Am 13. März l. J. wurde bei der Hochbrücke über den Altrhein in der Nähe von Greftern die ca. 6-8 Monate im Wasser gelegene Leiche einer Frauensperson gefunden, deren Alter auf 40-50 Jahre geschätzt wird.

Die Leiche ist 1,65 m lang, von zartem Körperbau und mäßiger Ernährung. Sie wird röhlichbraune Haare gehabt haben. Die Zähne scheinen sehr schäbhaft gewesen zu sein.

Bekleidet war die Leiche mit einem graubraunen Strumpf und einem niederen Schürzchen. Es ist anzunehmen, daß Ertrinken die Todesursache ist.

Anhaltspunkte über Herkunft der Leiche wollen mir mitgetheilt werden.

Großh. Staatsanwalt. Dr. Grosch.